



AMBASSADE DE SUISSE  
EN URSS

333.0.- L/er  
531.12

an	BI	DZ	JK	NO	BY	3/4
Datum	20.3	13.3		12.4	13.4	13.4
Visa	14	2	13	Mu	B	B
EPD		Mu	20.3.67		11	
Ref.	A.B. 57.21.7.					

Moskau, den 16. März 1967

An die Abteilung für  
Politische Angelegenheiten des  
Eidgenössischen Politischen Departements  
B e r n

Rede des österreichischen  
Bundeskanzlers in Moskau.

In der Beilage übermittle ich Ihnen das einzige Exemplar des Vortrages des österreichischen Bundeskanzlers Klaus, den dieser heute im Hause der Wissenschaftler gehalten hat.

Der Vortrag, in klarem, entschiedenem Tone gehalten, machte auf die zahlreiche Zuhörerschaft Eindruck. Folgende Punkte der Ausführungen des Bundeskanzlers verdienen Erwähnung:

1. Oesterreich wurde nicht durch eine Uebereinkunft der alliierten Mächte neutralisiert, sondern die österreichische Neutralität beruht vielmehr auf einer einseitigen Erklärung, die vom freien Willensentscheid des österreichischen Parlaments getragen wurde.

2. Entsprechend dem Moskauer Memorandum wird Oesterreich eine Neutralität üben von der Art wie sie von der Schweiz gehandhabt wird. Darin liegt auch der Begriff der bewaffneten Neutralität, was nach österreichischer Auffassung bedeute, dass dem neutralen Staat keine Beschränkungen in seiner Verteidigung auferlegt werden dürfen. Deshalb bemüht sich die Bundesregierung seit Jahren, eine Interpretation des Staatsvertrages zu erreichen, die ihr den Besitz von Luftabwehrraketen erlauben würde.



3. Gleich wie die Schweizer Nachbarn fasst Oesterreich die Neutralität nicht als eine Verpflichtung zur ideologischen Neutralität auf. Damit unterscheidet es sich von den "blockfreien" Neutralisten.

4. Da Oesterreich die neutralitätsbedingte Enthaltung von militärischen und machtpolitischen Konstellationen nicht als eine Tendenz zur internationalen Isolierung betrachten wollte, entschloss sich die Bundesregierung, den Vereinten Nationen beizutreten. Hierin liegt übrigens ein bedeutender neutralitätspolitischer, nicht neutralitätsrechtlicher Unterschied zur Schweiz. Aus den 10-jährigen Erfahrungen der Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen haben sich auch in heiklen Situationen für Oesterreich keine politischen Schwierigkeiten ergeben. Oesterreich hat auch keine Bedenken, österreichische Heeres- oder Polizeieinheiten auf Ersuchen von internationalen Organisationen zu entsenden. "Der humanitären Rolle entsprechend, die das Vorrecht neutraler Staaten darstellt, haben wir freilich bisher solche Einheiten ..... vorzüglich in Form von Sanitätskontingenten zur Verfügung gestellt."

5. Anlässlich der Erörterung der österreichischen Haltung zum Gemeinsamen Markt kommt Klaus wiederum ausdrücklich auf den Unterschied zwischen österreichischer und schweizerischer Neutralitätspolitik zurück. Obgleich Klaus die Besorgnisse der Sowjetunion betreffs der Zusammenarbeit eines neutralen Staates mit dem Gemeinsamen Markt versteht, hält er entschieden an der Fortführung der bisherigen österreichischen Linie fest. Ein Abkommen zwischen Oesterreich und der EWG müsste die Vorbehalte berücksichtigen, die sich für Oesterreich aus dem Willen zur Einhaltung der "immerwährenden" Neutralität ergeben.

Als Beispiel dafür, dass Oesterreich und die Schweiz neutralitätspolitisch verschiedene Wege gegangen sind, wird auch die Tatsache angeführt, dass die

- 3 -

Schweiz viel später als Oesterreich Vollmitglied des Europarates geworden ist.

6. Oesterreich ist aus eigenstem Interesse bereit, seinen Beitrag zur Entspannung zu leisten, die eine Voraussetzung für eine Regelung der europäischen Sicherheitsfragen ist. Eine solche Regelung hätte dem Sicherheitsbedürfnis aller europäischen Völker und insbesondere den Nachbarnstaaten eines vereinigten Deutschlands Rechnung zu tragen. Der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes wäre zu berücksichtigen.

7. Die österreichische Regierung betrachtet es als ein Element ihrer Neutralitätspolitik " Wien zum Ort der Begegnung zu machen" (Internationale Atomenergie Organisation, UNIDO; Abhaltung internationaler Treffen).

\* \* \*

Der gesamte Aufbau der Rede ist darauf ausgerichtet, die österreichische Politik gegenüber der EWG zu rechtfertigen. Die Darstellung der österreichischen Haltung erfolgt so kompromisslos, dass man den Eindruck gewinnt, der Bundeskanzler möchte anlässlich seines Moskauer Besuches die Russen aus dem Busch klopfen und zu einer klaren Formulierung ihrer Einstellung zu veranlassen.

*M. Linn*

1 Beilage

Kopie geht an die Handelsabteilung  
des EVD.